

Europäisches Parlament

Andreas Maurer

Das zurückliegende Jahr war im Europäischen Parlament (EP) maßgeblich durch zwei parallele, sich gegenseitig beeinflussende Entwicklungen geprägt: In intrainstitutioneller Hinsicht stand zum Jahreswechsel 2007 die Neuwahl der Führungsgremien an. Diese Aktualisierung des parlamentarischen „Gesichts“ bot erstmals die Gelegenheit zur Spiegelung der durch die Erweiterungen 2004 und 2007 gewandelten Abgeordnetenstruktur. Das sich diese auf die Positionierungen des Parlaments auch in interinstitutioneller und europapolitischer Hinsicht auswirkt, wurde spätestens bei den Beratungen zum Zwischen- und Abschlussbericht des im Januar 2006 eingesetzten, nichtständigen Ausschusses zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen deutlich, als Abgeordnete aus den osteuropäischen Staaten vehement für Änderungen an den Berichtsentwürfen eintraten.

2006 verabschiedete das EP 158 Entschließungen im Konsultationsverfahren, 117 im Mitentscheidungsverfahren¹ und 13 im Zustimmungsverfahren. Im nichtlegislativen Bereich legte das EP 230 Entschließungen und 40 haushaltspolitische Beschlüsse vor.

Ähnlich wie Rat und Kommission konzentrierte auch das Parlament seine wirtschaftspolitischen Befassungen auf Energie- und Klimafragen. Im Mittelpunkt standen hierbei die Sicherung der Energieversorgung der Europäischen Union, Programme und Regelwerke zur sparsamen Energienutzung, erneuerbare Energiequellen, der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft, das Kommissionsgrünbuch zur europäischen Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, die EU-Strategie zur Förderung von Biomasse und Biokraftstoff, das System für den Handel mit Treibhausgasemissionsberechtigungen (insbesondere die nationalen Zuteilungspläne für den Zeitraum 2008-2012), und die sanktionsbewehrte Verbesserung des Umweltschutzes durch die Schaffung eines europäischen Umweltstrafrechts infolge des Urteils des Gerichtshofs vom 13. September 2005 (Kommission gegen Rat).

Im Hinblick auf die gemeinschaftlichen Solidaritätspolitiken behandelte das Parlament die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Umstrukturierung von Unternehmen in Europa, Rechtsaktanpassungen in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung, und die in der Mehrzahl der EU-Staaten aktivierte Übergangsregelung, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer auf den Arbeitsmärkten der EU beschränkt. Besondere Aufmerksamkeit erregte das Parlament mit seinen Beschlüssen zur Gründung des europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (Einigung auf einen Kompromiss in zweiter Lesung im Dezember 2006), zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Eini-

¹ Vgl. hierzu: Hix, Simon/Noury, Abdul G./Roland, Gérard: *Democratic Politics in the European Parliament*, Cambridge University Press 2007.

gung in erster Lesung im Dezember 2006) sowie zur Gründung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.²

Im nach wie vor dynamischsten Gesetzgebungsbereich der Justiz- und Innenpolitik stehen parlamentarische Beratungen zur gemeinsamen Einwanderungspolitik, der Integration der Migranten in der Europäischen Union, den Verfahren zur gegenseitigen Information über asyl- und einwanderungspolitische Maßnahmen, der Rolle und Stellung der Migrantinnen in der Europäischen Union, zum Zugriff amerikanischer Geheimdienste auf SWIFT-Überweisungsdaten, die Verwendung bzw. der Schutz von Fluggastdatensätzen im Zusammenhang des EU-USA-Abkommens über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR) und der Rahmenbeschluss des Rates zum Schutz personenbezogener Daten bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen hervor.

In der laufenden und künftigen Erweiterungspolitik nahm das Parlament im Dezember 2006 zwei Entschlüsse zu den institutionellen Aspekten der Fähigkeit der EU zur Aufnahme neuer Mitglieder (Stubb-Bericht) mit 398 gegen 99 Stimmen bei 36 Enthaltungen sowie über die Mitteilung der Kommission zur Erweiterungsstrategie und zu den wichtigsten Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007 (Brok-Bericht) mit 481 gegen 66 Stimmen bei 38 Enthaltungen an. In beiden Entschlüssen wird ein im Vergleich zur Kommission sehr viel restriktiveres Vorgehen bei der Sequenzierung von Vertiefung und Erweiterung angemahnt. Beide Entschlüsse definieren hierzu als Beitrittskriterium der „Integrationsfähigkeit“ ein Stadium der EU-Entwicklung, in dem „nach der Erweiterung die europäischen Institutionen hinreichend funktionsfähig und in der Lage sein werden, Entscheidungen effizient und demokratisch im Einklang mit ihren jeweiligen Verfahren zu treffen; die finanziellen Möglichkeiten der Union ausreichen werden, um alle ihre Maßnahmen angemessen zu finanzieren; die Union in der Lage sein wird, ihre Politikbereiche erfolgreich zu entwickeln und ihre Ziele zu verwirklichen, um so ihre politischen Vorhaben weiter voranzutreiben“.³

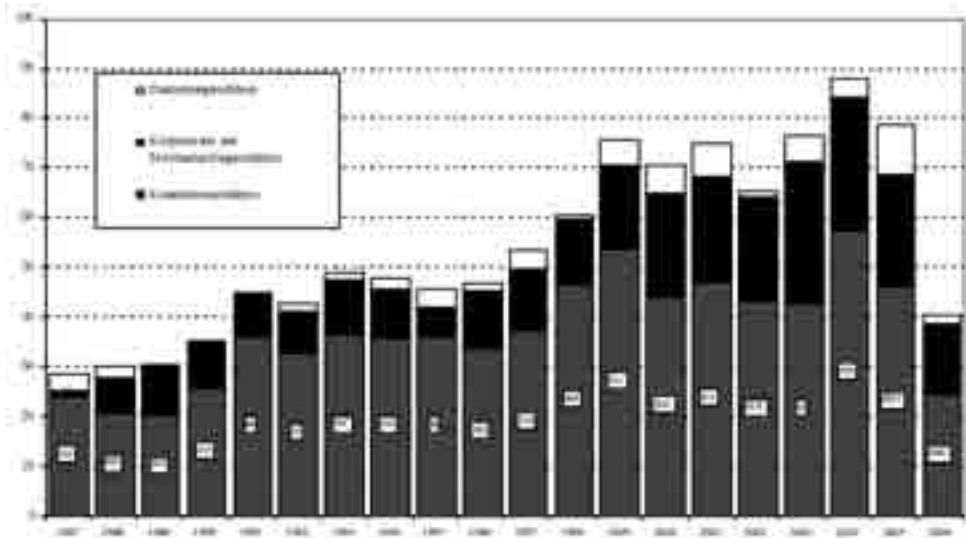
Gesetzgebungsarbeit und parlamentarische Kontrolle

In der Gesamtbilanz hat das EP 2006 an 97 Rechtsakten unmittelbar über den Weg des Mitentscheidungsverfahrens gewirkt. Mit 14,17% fiel die Quote der über das Mitentscheidungsverfahren vermittelten, direkten Gesetzgebungskompetenz des Parlaments drastisch gegenüber den Vorjahren zurück. Auch bei den einfachen Konsultationsverfahren ist ein merklicher Abschwung auf nun 24,61% zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist allerdings nicht auf eine besondere Geringschätzung des EP durch Kommission und Rat, sondern durch eine Vielzahl von Routineüberführungsakten des Rates in wenigen Bereichen (Landwirtschaft, Fischerei, Wettbewerb) zurückzuführen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Folgen der letzten EU-Erweiterung stehen und denen das Parlament im Paket der Beitrittsabkommen bereits zugestimmt hat.

2 Vgl. Hierzu Toggenburg, Gabriel Nikolaj: Die EU-Grundrechteagentur: Satellit oder Leitstern? Daseinsberechtigung, Aufgaben und Herausforderungen der neuen Agentur der Europäischen Union, Berlin, SWP-Aktuell, Nr. A 08/2007, Februar 2007: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3734.

3 Vgl. Europäisches Parlament : Bericht Nr. A6-0393/2006 vom 16. November 2006 über die institutionellen Aspekte der Fähigkeit der Europäischen Union zur Aufnahme neuer Mitgliedstaaten (2006/2226(INI)), Punkt 6. Vgl. auch Punkt 8 des Brok-Berichts: Europäisches Parlament: Bericht Nr. A6-0436/2006 vom 29. November 2006 über die Mitteilung der Kommission zur Erweiterungsstrategie und zu den wichtigsten Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007, (2006/2252(INI)).

Schaubild 1: Anteile der EP-Verfahren an den Rechtssetzungsakten des Rates 1987-2006



Im Juni 2006 wurden die Arbeiten zur Reform des Komitologiebeschlusses von 1999 abgeschlossen – auch unter dem Eindruck des ungewissen Schicksals des Verfassungsvertrages, der über eine eigenständige Normenhierarchie die Abschtung zwischen legislativen und umsetzenden Rechtsakten vornimmt.⁴ Die Reform trägt dem Wunsch des Europäischen Parlaments nach stärkerer Beteiligung im so genannten Komitologieverfahren Rechnung. Im Kern ging es um eine stärkere Kontrolle der Kommission bei der Wahrnehmung der ihr vom Gesetzgeber (Rat und EP) übertragenen Durchführungsbefugnisse. Mit dem Komitologiebeschluss (2006/512/EG) wird nun ein neues „Regelungsverfahren mit Kontrolle“ eingeführt, das dem EP erstmals die Möglichkeit einräumt, Umsetzungsmaßnahmenvorschläge der Kommission mit qualifizierter Mehrheit abzulehnen.⁵ Hierzu führt der Komitologiebeschluss ein zweistufiges Prozedere ein. In einem ersten Schritt (Exekutivphase) legt die Kommission ihren Entwurf den Vertretern der nationalen Behörden im entsprechenden Ausschuss vor. In einem zweiten Schritt (Kontrollphase) wird der Entwurf dann dem EP und dem Rat zur Prüfung unterbreitet. Der Anwendungsbereich des neuen Verfahrens erstreckt sich auf alle Fälle, in denen der Basisrechtsakt im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurde und in dem vorgesehen ist, „dass Maßnahmen von allgemeiner Tragweite angenommen werden, die eine Änderung von nicht wesentlichen Bestimmungen dieses Rechtsakts bewirken, auch dadurch, dass einige dieser Bestimmungen gestrichen oder neue nicht wesentliche Bestimmungen hinzugefügt werden“.⁶ Die „wesentlichen Bestimmungen“ eines Rechtsakts bleiben somit in der Gewalt von EP und

4 Vgl. Kietz, Daniela/Maurer, Andreas: „The European Parliament in Treaty Reform. Predefining IGCs through Interinstitutional Agreements“, in: *European Law Journal*, Vol. 13, Nr. 1/2007, S. 20-46.

5 Vgl. Europäisches Parlament: Bericht Nr. A6-0237/2006 vom 3. Juli 2006 über den Abschluss einer Interinstitutionellen Vereinbarung in Form einer gemeinsamen Erklärung hinsichtlich des Entwurfs für einen Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/468/EG zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse

6 Vgl. Artikel 2 Absatz 2 (neu) des IIA.

Rat und können nur durch ein originäres Legislativverfahren geändert werden. Wesentlich für das EP ist im Hinblick auf die neue „Kontrollphase“ des Verfahrens, dass die Abgeordneten im Unterschied zu den bestehenden Komitologieverfahren grundsätzlich dem Rat gleichberechtigt werden. Hiermit haben sich Kommission und Rat von einem jahrzentealten Dogma gelöst, nach dem die Kommission ihre einmal übertragenen Durchführungsbefugnisse ohne „Eingreifen“ des Gesetzgebers ausüben konnte.

Im Rahmen seiner parlamentarischen Kontrollfunktion beschloss das EP am 25. April 2007, einen 60-köpfigen Nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel einzusetzen. Der Ausschuss nahm seine zwölfmonatige Arbeit am 10. Mai 2007 auf. Zu seinen Aufgaben gehören die Ausarbeitung von Vorschlägen über die künftige integrierte Politik der EU im Bereich des Klimawandels und Koordinierung des Standpunktes des EP in Bezug auf die Aushandlung des internationalen Rahmens für die Klimapolitik für die Zeit nach 2012; die Analyse und Bewertung der aktuellen Lage in Bezug auf den Klimawandel, und Vorlage geeigneter Maßnahmen auf allen Ebenen, einschließlich der Bewertung der finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen und der Kosten, die bei Untätigkeit entstehen würden; die Erstellung einer möglichst vollständigen Bestandsaufnahme der jüngsten Fortschritte und Perspektiven im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels, so dass ihm die erforderliche ausführliche Analyse dieser Fortschritte zur Verfügung steht und das EP seine politische Verantwortung übernehmen kann; die Prüfung der umweltspezifischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, geopolitischen, regionalen und gesundheitspolitischen Auswirkungen dieser Fortschritte und der entsprechenden Perspektiven; die Analyse und Bewertung der bisherigen Anwendung der einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft; die Herstellen zweckdienlicher Kontakte und Veranstaltung von Anhörungen mit den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten und der Drittländer, mit den europäischen Institutionen und den internationalen Organisationen sowie mit Vertretern der Wissenschaft, der Unternehmen und der Bürgergesellschaft, einschließlich der Netze örtlicher und regionaler Behörden.

Wandel der politischen Binnenstruktur

Im Januar 2007 zog das Parlament Zwischenbilanz seiner Sechsten Legislaturperiode und wählte gemäß den ungeschriebenen Regeln der Fraktionszusammenarbeit seinen neuen Präsidenten und die Vizepräsidenten. Wie in den Wahlperioden zuvor, wurden danach auch die Ausschussvorsitze der Fraktionen neu gewählt. Hans-Gert Pöttering (CDU) wurde mit 450 (65,31% der abgegebenen) Stimmen im ersten Wahlgang zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Im Anschluss wählten die Abgeordneten auch die 14 VizepräsidentInnen, die gemeinsam mit dem Präsidenten das Präsidium des EP als administrativem Leitungsorgan bilden: Auf die SPE entfielen hierbei fünf, die EVP-ED vier, die ALDE zwei, und die Grünen, die KVEL/NGL und die UEN jeweils ein Amt. Für das Mitentscheidungsverfahren und hierbei insbesondere die Vertretung des Parlaments in den Sitzungen des Vermittlungsausschusses zeichnen aus diesem Kreise künftig Rodi Kratsa-Tsagaropoulou (EVP-ED), Alejo Vidal-Quadras (EVP-ED) und Mechtild Rothe (SPE) verantwortlich. Für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten sind Edward McMillan-Scott (EVP-ED) und Martine Roure (SPE) zuständig.

Ausgangspunkt der weiteren Verhandlungen war der Umstand, das aufgrund des Beitritts Bulgariens und Rumäniens bis zum Juni 2009 insgesamt 785 Abgeordnete aus 27 Ländern im EP arbeiten und diese relativ zur Fraktionsstärke in den Leitungsgremien des EP vertreten sein sollen.

Neubesetzung der Führungsgremien

Im Rahmen seiner organisatorischen Runderneuerung bestätigte das Plenum zunächst die zahlenmäßige Zusammensetzung der Ausschüsse. Daraufhin wurden vom 31. Januar bis zum 1. Februar die Vorsitzenden und stellvertretenden der Ausschüsse neu gewählt. Die Erhöhung der Anzahl der MdEP hat auch zur Folge, dass die qualifizierte Mehrheit („Mehrheit der Abgeordneten“) seitdem bei 393 Stimmen liegt. Die qualifizierte Mehrheit wird beispielsweise in Zweiten Lesungen gefordert, wenn das EP einen Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates abändern will.

Die Ausschussvorsitzenden sowie ihre nunmehr vier Stellvertreter wurden von den Mitgliedern des jeweiligen Ausschusses gewählt. Die Fraktionen verständigen sich zuvor darauf, welche Fraktion für welchen Ausschuss einen Kandidaten benennt. Das Vorschlagsrecht für die 22 Vorsitzposten beruht dabei auf dem D'Hondt-Verfahren entsprechend der Größe der Fraktionen. Die Fraktionsstärke wird jeweils durch 1, 2, 3, 4 usw. dividiert, bis alle Vorsitzposten vergeben sind. Die Fraktion, deren Bruchzahl jeweils die höchste ist, hat das Recht einen Ausschussvorsitzenden zu nominieren. Auf die EVP-ED entfiel daher mit 277 Abgeordneten das erste, das dritte, das fünfte und noch sechs weitere, darunter auch das letzte Benennungsrecht. Die SPE-Fraktion konnte den zweiten, den vierten und fünf weitere Vorsitze nominieren. Im Ergebnis erzielten die Fraktionen damit die folgende Ausschussvorsitzstruktur (erste Zeile 2004-2007; zweite Zeile ab 2007; =: MdEP unverändert):

Ausschuss	Vorsitz	1. Vize	2. Vize	3. Vize	4. Vize
Auswärtige Angelegenheiten	Brok (EVP, D)	SPE, CZ	EVP, UK	EVP, UK	
	SARYUSZ-WOLSKI (EVP, PL)	=	EVP, D	ALDE, PL	SPE, RO
Entwicklung	Morgantini (KVEL, I)	SPE, NL	EVP, D	ALDE, LIT	
	BORRELL (SPE, E)	=	EVP, SLO	=	G/EFA, D
Internationaler Handel	Baron Crespo (SPE, E)	EVP, E	EVP, SK	SPE, I	
	MARKOV (KVEL, D)	EVP, NL	ALDE, E	EVP, D	UEN, I
Haushalt	Lewandowski (EVP, PL)	SPE, D	ALDE, NL	EVP, D	
	BÖGE (EVP, D)	ALDE, SF	SPE, D	EVP, PL	UEN, I
Haushaltskontrolle	Fazakas (SPE, HU)	ID, S	SPE, A	EVP, CZ	
	BÖSCH (SPE, A)	=	SPE, PL	=	ALDE, RO
Wirtschaft und Währung	Beres (SPE, F)	EVP, E	UEN, LT	EVP, UK	
	=	=	=	=	SPE, MT
Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten	Andersson (SPE, S)	KVEL, P	SPE, I	EVP, D	
	=	=	=	=	ALDE, UK
Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	Florenz (EVP, D)	I/D, NL	G/EFA, SF	ALDE, LT	
	Ouzk [≈] (EVP, CZ)	=	=	ALDE, RO	SPE, DK

Die Institutionen der Europäischen Union

Industrie, Forschung und Energie	Chichester (EVP, UK)	KVEL, CZ	SPE, DK	EVP, I	
	NIEBLER (EVP, D)	=	ALDE, RO	=	SPE, F
Binnenmarkt und Verbraucherschutz	McCarthy (SPE, UK)	EVP, S	EVP, CZ	KVEL, I)	
	=	EVP, CZ	EVP, SF	=	ALDE, D
Verkehr und Fremdenverkehr	Costa (ALDE, I)	EVP, P	NI, PL	SPE, F	
	=	EVP, I	SPE, F	SPE, RO	EVP, P
Regionale Entwicklung	Galeote (EVP, E)	SPE, I	EVP, PL	ALDE, UK	
	=	SPE, BG	=	ALDE, BG	EVP, D
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	Daul (EVP, F)	SPE, F	UEN, PL	G/EFA, D	
	PARISH (EVP, UK)	=	=	=	UEN, I
Fischerei	Morillon (ALDE, F)	SPE, E	EVP, F	I/D, F	
	=	=	EVP, IRL	ALDE, UK	KVEL, P
Kultur und Bildung	Sifunakis (SPE, GR)	EVP, HU	G/EFA, D	EVP, GR	
	=	=	=	=	ALDE, SF
Recht	Gargani (EVP, I)	SPE, CZ	EVP, D	SPE, HU	
	=	SPE, RO	=	SPE, PL	UEN, I
Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	Cavada (ALDE, F)	EVP, I	SPE, GR	EVP, F	
	=	EVP, UK	=	EVP, HU	KVEL, I
Konstitutionelle Fragen	Leinen (SPE, D)	G/EFA, A	EVP, I	ALDE, E	
	=	=	ALDE, SF	EVP, BG	EVP, UK
Petitionen	Libicki (UEN, PL)	SPE, UK	EVP, GR	SPE, GR	
	=	=	EVP, E	I/D, IRL	SPE, GR
Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter	Záborská (EVP, SK)	SPE, P	KVEL, S	SPE, HU	
	=	=	=	=	G/EFA, E
Sicherheit und Verteidigung	Von Wogau (EVP, D)	SPE, P	UEN, LT	EVP, SLO	
	=	=	=	EVP, RO	SPE, LT
Menschenrechte	Flautré (G/EFA, F)	SPE, UK	EVP, UK	ALDE, B	
	=	=	EVP, F	ALDE, UK	SPE, PL

Die Bilanz fällt hierbei überraschend positiv für einige der neuen Mitgliedstaaten, insbesondere Rumänien, Polen und Bulgarien, aber auch weniger negativ für Deutschland aus, als dies im Hinblick auf den für Elmar Brok sicher schmerzhaften „Verlust“ des Vorsitzes im Auswärtigen Ausschuss den Anschein hat. Echte „Nettoverluste“ haben Frankreich sowie einige der kleineren EU-Staaten wie Belgien oder Schweden hinnehmen müssen. Beim Blick auf die Fraktionen fällt die gewachsene Macht der ALDE-Fraktion auf, die in der Bilanz auf acht Vorsitzposten mehr kommt als in der ersten Legislaturhälfte. Hier bestätigt sich das schon im Koalitionsbildungsverhalten der ALDE ermittelte Bild einer Fraktion, die sich in der laufenden Legislaturperiode als Schlüssel für Mitte-Rechts-Koalitionen in der Gesetzgebung etabliert hat.

Nettogewinne und -verluste in den Ausschussvorsitzen 2007-2009

Mitgliedstaaten	Neubesetzungen	Verluste	Bilanz	Mitgliedstaaten	Neubesetzungen	Verluste	Bilanz
RO	7	0	7,0	DK	1	1	0,0
PL	6	1	5,0	EST	0	0	0,0
SF	4	0	4,0	LET	1	1	0,0
DE	5	1 (1)	4 (3)	LIT	0	0	0,0
BU	3	0	3,0	LU	0	0	0,0
IRL	2 (1)	0	2 (3)	NL	1	1	0,0
ES	3	2	1,0	SLO	1	1	0,0
MT	1	0	1,0	BE	0	1	-1,0
IT	4 (3)	3	1 (0)	GR	0	1 (1)	-1,0
UK	5	4 (1)	1 (0)	HU	1	2	-1,0
AT	0	0	0,0	PT	0	-1	-1,0
CY	0	0	0,0	SE	0	1	-1,0
CZ	1	1	0,0	SK	0	1	-1,0
				FR	2	4	-2,0
				Fraktionen	Neubesetzungen	Verluste	Bilanz
				ALDE	8	0	8
				SPE	7 (1)	2	5 (6)
				UEN	4 (1)	0	4 (5)
				KVEL/NGL	3 (1)	1	2 (3)
				EVP-ED	3	1 (2)	2 (1)
				Grüne/EFA	2	1	1
				I/D	1	1	0
				ITS	0	0	0
				NI	0	1	-1

Ausblick: Es knirscht im Gebälk

Für große Aufregung sorgte die Bildung einer neuen, eindeutig als rechtsextrem zu klassifizierenden Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) am 15. Januar 2007. Erst der EU-Beitritt Bulgariens⁷ und Rumäniens im Januar 2007 machte deren Gründung möglich. In beiden Ländern sind nationalistische, rassistische und fremdenfeindliche Parteien relativ stark. Mit diesen neuen Abgeordneten fanden sich daher genügend Abgeordnete, um die von der Geschäftsordnung des EP formulierten Hürden bei der Fraktionsbildung zu überwinden. Als zentrale Voraussetzung gilt, dass mindestens zwanzig Abgeordnete aus fünf oder mehr Ländern beschließen dürfen, eine Fraktion zu gründen. Laut Artikel 29 der Geschäftsordnung ist die Fraktionsgründung aber nur dann zulässig, wenn es eine gemeinsame programmatische Grundlage gibt. Diese zweite Hürde gilt nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 1999 als „zwingende Voraussetzung“ und soll der Gründung „technischer Fraktionen“ vorbeugen, die sich über einen künstlichen Fraktionsstatus Fraktionsbudgets, Mitarbeiterstellen, Redezeiten und Ämter im Parlament sichern wollen. Nun setzt sich die ITS-Fraktion zwar aus ideologisch sehr unterschiedlich orientierten Politikern zusammen. Inhaltlich-ideologisch finden sich die in ihr zusammengeschlossenen Parteien aber gleichwohl zusammen – in der Ablehnung von Einwanderung, des möglichen EU-Beitritts der Türkei und des Verfassungsvertrages. Zu den ITS-Gründungsmitgliedern gehören bekannte Politiker des rechtsextremen Lagers wie der französische Politiker Le Pen und seine Tochter Marine oder die Enkelin des früheren italienischen Diktators, Alessandra Mussolini. Der aus Frankreich kommende und wegen des Verdachts der Holocaust-Leugnung angeklagte Bruno Gollnisch wurde Vorsitzender der Fraktion. Die Fraktionsgründung der ITS stieß bei den anderen Fraktionen des Europäischen Parlamentes auf Ablehnung. Mit Spannung wurden die bulgarischen und rumänischen Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2007 erwartet, denn die demokratischen Parteivertreter im EP hofften darauf, dass die gerade erst gebildete ITS wieder zerschlagen werden könnte, wenn nur die jeweiligen Rechtsparteien der beiden neuen EU-Mitglieder ihre Sitze im EP verlören. Die Wähler Bulgariens machten diese Hoffnung jedoch schnell zunichte. Bei einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung kam die neue, in der EVP-ED arbeitende GERB (Bürger für eine Europäische Entwicklung in Bulgarien) auf 21,7% der Stimmen. Dicht dahinter folgten die in Sofia regierenden Sozialisten mit 21,4% und, mit 20,3% der Stimmen, die mitregierende Türkenpartei (DPS). Für die Ultrarechten der Ataka-Partei, stimmten allerdings 14,2%, so dass diese nun drei Abgeordnete ins EP entsenden durften.

So gestärkt, besteht die ITS-Fraktion nunmehr aus dem französischen Front National (FN) mit sieben MdEP, der Großrumänien-Partei mit sechs MdEP, dem belgischen Vlaams Belang (Nachfolgepartei des in Belgien verbotenen Vlaams Blok) mit drei MdEP, zwei italienischen Neofaschisten, drei (statt zuvor einem) Vertretern der bulgarischen Ataka-Partei, einem britischen, ehemaligen UKIP-Abgeordneten und dem Österreicher Andreas Mölzer der FPÖ, der auch als geistiger Ziehvater der Fraktionsgründung gilt und der mit

7 Wortführer der bulgarischen Ataka im EP ist der 23-jährige Dimitar Stojanov. Er zog bereits im Herbst 2006 den Unmut des EP auf sich. Das Parlament beschloss, die ungarische Christdemokratin Lívia Járóka zur besten Abgeordneten des Jahres zu küren. Die Reaktion des zu diesem Zeitpunkt nur mit einem Beobachterstatus im EP sitzenden Stojanov war eine E-Mail an das Parlamentspräsidium, in der er schrieb, dass es in seinem Land „Zehntausende von Zigeunermädchen, die viel schöner sind als diese Ehrbare“ gebe, hinzufügend, dass „die besten unter ihnen teuer, bis zu 5.000 Euro das Stück“ seien. Lívia Járóka setzt sich für die Rechte der Roma in der EU ein. Bei den bulgarischen Parlamentswahlen 2005 erhielt Ataka fast neun Prozent der Stimmen.

der im November 2005 mit einem Treffen der so genannten „Freiheitlichen Akademie“ das Gros dieser Parteien zusammenbrachte, um eine „Wiener Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen“ zu verabschieden.⁸

Durch diese Entwicklungen bleibt ungewiss, wohin der aufgrund der Osterweiterung ohnehin intensive Umordnungsprozess innerhalb des Fraktionsgefüges des EP mittelfristig – bis zu den nächsten Wahlen im Juni 2009 – führen und wie sehr die programmatische und politische Kohärenz der Fraktionszusammenschlüsse im EP leiden wird. Insbesondere die EVP-ED muss vor diesem Hintergrund um ihren Status als stärkste Fraktion bangen. Denn nicht nur die neue Fraktion „Rechtsaußen“, sondern auch Abstimmungsverhalten und Abspaltungstendenzen der britischen Konservativen und der tschechischen ODS-Abgeordneten machen der EVP-ED das parlamentarische Leben schwer. Der Impuls für die Bemühungen der Tories, sich aus den Beziehungen mit der EVP-ED zurückzuziehen, war die Ernennung David Camerons zum Vorsitzenden der Partei. Dies führte zu einer Stärkung der harten euroskeptischen Stimmen der Partei sowie zu einer erneuten Politisierung der Frage der Fraktionszugehörigkeit im EP. Cameron verband seine Kandidatur um den Vorsitz der Konservativen Partei mit dem Versprechen, die Tories aus der EVP-ED zurückzuziehen. Diese Ansage war im Wesentlichen ein von opportunistischen Erwägungen geleiteter Schachzug, mit dem Cameron seiner ins Stocken geratenen Bewerbungskampagne Schwung verleihen wollte. Im Wettstreit um den Parteivorsitz sah er sich vorwiegend hart-euroskeptischen Konkurrenten gegenüber, die bei der Parteibasis auf große Resonanz stießen. Mit dem Austrittsversprechen suchte Cameron daher vor allem Rückhalt bei den europakritischen Unterhausabgeordneten.⁹ Unmittelbar nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden schossen die Spekulationen ins Kraut, dass Cameron nun tatsächlich eine harte euroskeptische Linie verfolgen würde.¹⁰ Die Ankündigung des Rückzugs aus der EVP-ED war schließlich eines der wenigen konkreten Politikziele, die Cameron während seiner Kampagne nannte. Der inner- wie außerparteiliche Druck im Hinblick auf die Umsetzung dieses Vorhabens waren und sind dementsprechend hoch. Mit welchem Nachdruck Cameron den Rückzug aus dem Parteienverbund künftig propagiert, hängt weitgehend davon ab, wie sehr es ihm gelingt, über sein Management der Karriere- und der Re-election-Funktionen „seiner“ Abgeordneten im Unterhaus und im EP die innenpolitische Präferenzbildung der Partei zu prägen.¹¹

Die EVP-ED wird vor diesem Hintergrund mittelfristig vor der Aufgabe stehen, nicht nur ein divergentes Meinungsspektrum bei Fragen zur Finalität der EU, sondern auch eine größere soziokulturelle Kluft zwischen säkularen Liberal-Konservativen und traditionalistischen Christdemokraten überbrücken zu müssen. Die Möglichkeiten der EVP-ED, den heraufziehenden Konflikt zwischen diesen Flügeln aktiv zu steuern, sind begrenzt. Wenn

8 Vgl. http://www.ots.at/drucken.php?schluessel=OTS_20051114_OT0051.

9 Vgl. „Cameron and Davis Enter British Conservative Contest“, in: Epolitix.com (online), 29.09.2005, www.epolitix.com/EN/News/200509/28d7888e-3ffb-47f4-8eb5-02fb56a40849.htm; Denham, Andrew/Peter Dorey: „A Tale of Two Speeches? The Conservative Leadership Election of 2005“, in: *The Political Quarterly*, 77 (2006) 1, S. 35-42.

10 Vgl. Maurer, Andreas/Parkes Roderick/Wagner Markus: Explaining Group Membership in the European Parliament; Paper prepared for the 2007 Biennial Conference of the European Union Studies Association, Montreal, May 2007, <http://www.unc.edu/euce/eusa2007/papers/maurer-a-03d.pdf>.

11 Vgl. Maurer, Andreas/Parkes, Roderick/Wagner, Markus: Die britischen Konservativen im Europäischen Parlament, Berlin, SWP-Studie Nr. S 09/2007, April 2007, http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3919.

die EVP-ED-Führung gegenüber den Konservativen Zugeständnisse macht, um diese in der Fraktion zu halten, werden sich andere, vor allem christdemokratische und hierbei betont proeuropäische Parteien ausgegrenzt fühlen und unter Umständen ihrerseits mit einem Übertritt in das Lager der ALDE oder der Gründung einer eigenständigen christdemokratisch-föderalistischen Fraktion drohen. Die Bemühungen der EVP-ED, die Fraktion zu erhalten, werden sich daher zunächst auf die politische Ebene in London konzentrieren und sich sowohl an die proeuropäischen Abgeordneten als auch an die Euroskeptiker Großbritanniens richten müssen, die trotz ihrer distanzierten Haltung zu Europa einen taktischen Nutzen in einem Fortbestand der Partnerschaft mit der EVP-ED sehen. Die EVP-ED-Führung müsste hierzu gegenüber den nationalen Parlamentariern der Konservativen deutlich machen, dass diese sich durch einen Austritt selbst schaden, da sie ihre Interessen innerhalb der größten Fraktion des EP mit mehr Aussicht auf Erfolg vertreten können als innerhalb einer Fraktion, die zahlenmäßig hinter denen der Liberalen oder der Grünen zurückfällt.

Dass die britischen Konservativen noch in der laufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eine neue Fraktion bilden, ist jedoch unwahrscheinlich. Gestärkt durch positive persönliche Umfrageergebnisse wirkt Cameron gegenwärtig einer weiteren Radikalisierung der konservativen Europapolitik auf nationaler Ebene entgegen. Es ist ihm bislang nicht gelungen, potentielle Partner im EP davon zu überzeugen, offen den Schulterschluss mit den Tories zu wagen. Einstweilen hat er mit der Gründung des „Movement for European Reform“ (MER), eines außerparlamentarischen Verbunds mit der tschechischen Regierungspartei ODS und der bulgarischen Oppositionspartei UDF, einen Weg gefunden, sowohl die euroskeptischen Unterhausabgeordneten als auch die Europaparlamentarier in der eigenen Partei zu besänftigen.

Weiterführende Literatur

- Benedetto, Giacomo/Hix, Simon: „Explaining the European Parliament’s gains in the EU Constitution“, in: *Review of International Organizations*, Vol. 2, Nr. 2/2007, S. 115-129.
- De Vreese, Claes/Banducci, Susan A./Semetko, Holli/Boomgarden, Hajo: „The News Coverage of the 2004 European Parliamentary Election Campaign in 25 Countries“, in: *European Union Politics*, Vol. 7, Nr. 4/2006, S. 479-506.
- Dreischer, Stefan: *Das Europäische Parlament und seine Funktionen. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten*, Baden-Baden 2006.
- Hix, Simon/Noury, Abdul G./Roland, Gérard: *Democratic Politics in the European Parliament*, Cambridge 2007.
- Kietz, Daniela/Maurer, Andreas: „The European Parliament in Treaty Reform. Predefining IGCs through Interinstitutional Agreements“, in: *European Law Journal*, Vol. 13, Nr. 1/2007, S. 20-46.
- Maurer, Andreas/Nickel, Dietmar (Hrsg.): *Das Europäische Parlament. Supranationalität, Repräsentation und Legitimation*, Baden-Baden 2005.
- Maurer, Andreas/Parkes, Roderick/Wagner, Markus: *Die britischen Konservativen im Europäischen Parlament*, Berlin, SWP-Studie Nr. S 09/2007, April 2007.